

Editorial

Der bis vor kurzem dominierende Kapitalismus der ›Triade‹ aus USA, Westeuropa und Japan steckt in einer multiplen Krise. Angesichts einer erlahmenden Akkumulationsdynamik stockt die Anpassung an die Herausforderungen der Klimakrise, der Digitalisierung und des zunehmenden Konkurrenzdrucks aus den früheren »Hinterländern des Kapitals« (Luxemburg), vor allem Chinas. Die westlich geprägte Weltordnung zerfällt, regionale Kriege wie in der Ukraine, im Nahen Osten und in Afrika können nicht mehr eingehegt werden. Im westlichen Block erscheinen Risse, die Ausdruck eines massiven Vertrauensverlustes der Bevölkerungen in die bisherigen politischen Institutionen sind. Nationalismus, Protektionismus und autoritäre Herrschaftsformen gewinnen an Boden. Diese Entwicklungen bedrohen das deutsche wirtschaftliche und politische Kapitalismus-Modell in besonderem Maße. Dessen Grundlagen waren offene Märkte einerseits und wirtschaftliche Vorsprünge in Industriesektoren wie KfZ, Maschinenbau und Elektrotechnik andererseits, die nun durch technologische Veränderungen und globale Machtverschiebungen untergraben werden.

Der in Deutschland auf der Basis der genannten Stärken herrschende politisch-ökonomische Block, vertreten durch die alten Parteien der Mitte, hat sich angesichts veränderter Existenzbedingungen dafür entschieden, Aufrüstung, Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie Verstärkung autoritärer Regierungsformen als Ausweg zu wählen. Der Begriff der »Kriegstüchtigkeit« fasst diese Tendenz in einem Wort zusammen. *Jörg Goldberg, André Leisewitz und Jürgen Reusch* analysieren den schwarz-roten Koalitionsvertrag und zeigen, dass sich unter dem Vorzeichen einer umfassenden gesellschaftlichen Militarisierung ökonomische und politische Entscheidungsebenen immer mehr durchdringen. Das wirtschaftspolitische Dogma niedriger Staatsschulden wurde zur Finanzierung der Aufrüstung in einem Gewaltstreich unter Missachtung des neugewählten Parlaments auf den Müllhaufen geworfen. Das für Deutschland prägende Modell des Sozialcorporatismus wird auf Kosten des bestehenden Sozialsystems schrittweise an die mit Aufrüstung und Schuldenfinanzierung wachsenden Anforderungen angepasst. Diese Veränderungen werden sich auf den zentralen Feldern der Rentenpolitik, des Arbeitszeitregimes und des Mindestlohns durchaus konfliktvollziehen. *Jürgen Reusch* prüft die im herrschenden Diskurs mit einer angeblichen Bedrohung durch Russland gegebenen Begründungen für Aufrüstung und Militarisierung. In Wirklichkeit soll die Rolle Deutschlands als europäische und internationale Führungsmacht gefestigt werden. Nur ein »kriegstüchtiges« Deutschland – so die Erwartung des herrschenden Blocks – wird seine ökonomischen und politischen Interessen wirksam durchsetzen können.

Wer ein Land »kriegstüchtig« machen will, braucht nicht nur Waffen, sondern auch die Kriegsbereitschaft der Menschen. *Norbert Wohlfahrt* bilanziert die neueste Aufrüstung fordernde Literatur und stellt fest, dass Argumente für die von ihr gelieferten Bedrohungsszenarien gar nicht genannt werden, sondern »imaginierte worst-case-Szenarien«, um Militarisierung als alternativlos erscheinen zu lassen. Schon vor Verabschiedung des aktuellen Aufrüstungsprogramms hatte, wie *Martin Kirsch* berichtet, ein Trend zur Umrüstung von zivilen Fabriken auf Rüstungsgüter eingesetzt. An die Stelle von Rüstungskonversion tritt Konversion zur Rüstung. Dagegen gibt es derzeit kaum Widerstand, sondern oft Zustimmung unter Beschäftigungsgesichtspunkten. Ob und inwiefern Rüstungsschulden Motor wirtschaftlicher Entwicklung werden, fragt *Malte Kornfeld*, der sich mit einer funktionalen anstelle einer soliden Fiskalpolitik anfreunden kann. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass Rüstungsgüter unreproduktiv, d.h. keine herkömmlichen Investitionsgüter sind und die unterstellten Wachstumseffekte nicht eintreten werden. Es sei denn, es wird auf Krieg gesetzt und das politisch-ökonomische Gesamtsystem kann gewaltsam expandieren. Rüstung war schon immer ein ökonomischer Irrweg, argumentierte 1982 in zugespitzter weltpolitischer Lage *Jörg Huffschmid*. Er hebt in der hier nachgedruckten Publikation, ausgehend von der Marxschen Kapitalismustheorie, den unreproduktiven Charakter von Rüstungsausgaben hervor, auf den auch Kornfeld abstellt. Gleichzeitig bleibt kein Zweifel, wie Huffschmid schon seinerzeit zeigte, dass die enge Verflechtung von Ökonomie und Politik in Entwicklung und Struktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus sich besonders im Bereich Militär und Rüstung manifestiert.

Eine Online-Diskussion zu diesem Heft findet am Sonntag, 29. Juni ab 20:00 Uhr auf dem Kanal von 99 zu eins statt; Vorankündigung / Zugang sh. unsere Social-Media-Auftritte und zeitschrift-marxistische-erneuerung.de sowie youtube.com/c/99ZUEINS

Krise der Automobilindustrie: *Wilfried Kurtzke* analysiert den Strukturwandel der Automobilbranche der vergangenen Jahre, der die deutsche Industrie unter Druck setzt. Die Transformation zu Elektromobilität sei dringend geboten, hinke aber hinter großen Marktkonkurrenten wie BYD und Tesla hinterher – sowohl der Staat als auch das Kapital hätten an dieser Stelle versagt. Staatliche Zuwendungen müssten mit Auflagen u.a. im Sinne demokratischer Mitbestimmung verknüpft werden. Dass es in der deutschen Automobilindustrie kriselt, ist soweit bekannt. Was genau sind jedoch Ursachen der Krise, und welche progressiven Lösungsansätze sind realistisch? *Stephan Krull* diskutiert verschiedene Aspekte der Krise, stellt heraus, inwieweit diese von den Autokonzernen selbst verschuldet ist – und was die Aufgaben linker und gewerkschaftlicher Politik für einen »Umbau hin zu nachhaltiger Produktion« wären. Die Krise der Automobilindustrie trifft deren Zulieferbranche besonders. *Lennart Michaelis*, *Thomas Rehfeldt*, *Johanna Sittel* und *Sabrina Stangl* zeigen anhand empirischer Untersuchungen in Zulieferbetrieben in Thüringen, wie die Belastungen der Branche sowohl auf betrieblicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene zu Konflikten führen. Bei den Beschäftigten verbind-

den sich Ängste vor Statusverlusten mit marktliberalen Erklärungsangeboten und führen zu einer scharfen Kritik der herrschenden Politik, die erfolgreich von der AfD aufgegriffen wird.

Marx-Engels-Forschung: Klaus Müllers jüngst erschienene Studie über »Marxistische Wirtschaftstheorie im 21. Jahrhundert« behandelt »scheinbar oder tatsächlich ungelöste« Problemen der Marxschen Theorie. *Winfried Schwarz* diskutiert Müllers Positionen zu Fragen der Werttheorie, Arbeitszeitrechnung, der Forschungsmethodik und weiteren »klassischen« Streitfragen (Reproduktionschemata, Transformationsproblem, Fall der Profitrate).

Weitere Beiträge: Die Digitalisierung führt zu tiefgreifenden Wandlungen in der Medienproduktion. Der Absatz von Zeitungen/Zeitschriften ist in den letzten zwanzig Jahren massiv eingebrochen, bei Büchern, Film und Rundfunk stagniert die Entwicklung, ans Internet gebundene Produkte haben dagegen enorme Zuwächse verzeichnet. *Gert Hautsch* zeigt, wie die Verwertung neuer Techniken (Streaming, KI) diese Entwicklung vorantreibt und dazu führt, dass Medien in herkömmlicher Form zu verschwinden drohen. *Peter Schadt* skizziert die Entwicklung der IT-Industrie und der Digitalisierung Indiens als Teil einer nationalen Entwicklungsstrategie. Von entscheidender Bedeutung war die massenhafte Ausbildung entsprechender Arbeitskräfte sowie gezielte Subventionspolitik. Danach, wie tief Deutschland im globalen Kapitalismus absteigen wird, fragt *Conrad Schuhler*, um eine breite Analyse zum Wandel des globalen Kapitalismus und den mannigfachen Strategien und Machtblöcken, insbesondere den BRICS-Staaten, zu geben. *Hans-Henning Adler* zufolge verfehlte das BSW den Einzug in den Bundestag wegen der gemeinsamen Abstimmung mit CDU/CSU, FDP und AfD über Merz' »Zustrombegrenzungsgesetz«: Die Abgrenzung gegen rechts wurde ohne Not aufgegeben. Gleichzeitig verweist er auf die Schwierigkeit linker Politik in der Migrationsfrage. Konsistente Antworten stehen parteiübergreifend aus.

Aus der Redaktion: Z 143 (September 2025) hat u.a. »Staat und Kapital« zum Thema und enthält dazu Beiträge zur diesjährigen Marxistischen Studienwoche, die Anfang August in Frankfurt/M. stattfinden wird und zu der Studierende und junge Aktive der Linken eingeladen sind (Programm sh. S. 5). Für Mitarbeit bei der Erstellung des vorliegenden Heftes ist *Rosa Pretterebner*, Praktikantin in der Z-Redaktion, und – wie stets – *Nico Biver* zu danken.